

Online-Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

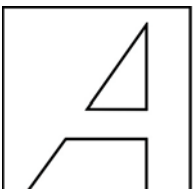
60 Jahre CDU

Verantwortung für Deutschland und Europa

Sankt Augustin, März 2005

Ansprechpartner:

Günter Buchstab
Hauptabteilungsleiter Wissenschaftliche Dienste
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Telefon: (02241) 246-210
E-Mail: guenter.buchstab@kas.de



Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
www.kas.de – redaktion@kas.de

60 Jahre CDU

Verantwortung für Deutschland und Europa

8. März 2005, Köln

INHALT:

Die Anfänge der CDU 1945/6
Prof. Dr. Rudolf Lill

Wider den Zeitgeist -
Die nordrhein-westfälische CDU am Beginn
des 21. Jahrhunderts
Dr. Jürgen Rüttgers, MdL

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

Rede

Prof. Dr. Rudolf Lill

Am 8. März 2005 in Köln
anlässlich der Veranstaltung
In Verantwortung für Deutschland
60 Jahre CDU

„Über die Anfänge der CDU in Köln 1945/46“

Rudolf Lill

Über die Anfänge der CDU in Köln 1945/46

(Vortrag beim Festakt „60 Jahre CDU“ am 8. 3. 05 im Gürzenich in Köln)

In der progressiven oder sich politisch korrekt gebenden Publizistik wird der Eindruck erweckt, als hätten sich nur sehr wenige Deutsche vom Nationalsozialismus ferngehalten, als wären mehr oder minder alle damaligen Deutschen für die Verbrechen des Dritten Reiches mitverantwortlich gewesen, als wäre die Demokratie erst nach 1945 von den Alliierten nach Deutschland importiert und erst seit 1968 von neuen Bewegungen tiefer fundiert worden. Erst seitdem, so behauptet man, setzten die Deutschen sich auch intensiver mit dem Dritten Reich auseinander.

Der durch die seitherige Bildungspolitik forcierte Geschichtsverlust ist längst auch im bürgerlichen Lager angekommen, und darum findet die progressive Interpretation der Zeitgeschichte immer breiteren Konsens oder bloß hilflose Reaktionen. Dabei verschweigt diese Publizistik, dass es auch in Deutschland – trotz der etatistisch-autoritären Strukturen und Mentalitäten im preußisch dominierten Reich – evolutionär-reformistische, ja demokratische Kräfte gegeben hatte; nicht nur auf der Linken, sondern auch in der Mitte und darin z. B. im politischen Katholizismus Westdeutschlands, welcher 1945 in Köln den tragenden Hintergrund für die CDU-Gründung gebildet hat. Unter Berufung auf ihre je eigenen Traditionen wollten 1945 sowohl Christdemokraten wie Sozialdemokraten die Demokratie neu fundieren; und ebenso nicht wenige Liberale. Der politisch bedeutendste von Letzteren, unser erster Bundespräsident Theodor Heuss, berief sich dabei gern auf die liberale Revolution von 1848 und auf die Republik von 1918 - nicht (obwohl er ein großer Freund der Juden war) auf die Verbrechen in Auschwitz! Wer heute die „Orientierungslosigkeit“ der Menschen im Jahre 1945 herausstellt so für Köln Eberhard Illner in „Kunst und Kultur in Köln nach 1945“, 1996, sagt nur die halbe Wahrheit!

„In Deutschland bildeten sich wenige Wochen nach Kriegsende... in vielen Städten unabhängig voneinander christlich-demokratische Parteigruppierungen ... Der Zusammenschluss ... zu regionalen Verbänden zog sich bis 1947 hin.“ (Günter Buchstab in dem von ihm herausgegebenen *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, 2002. S. daneben Winfried Becker, *CDU und CSU 1945-1947*, 1987). Unter diesen vielen Städten haben das zu mehr als 80% zerstörte Köln, dessen rheinisches Umland und hiesige Politiker, auch bereits Politikerinnen wegweisend gewirkt - jedenfalls weitaus reflektierter und effizienter, als der heutige Zustand der Stadt und der hiesigen CDU annehmen lässt.

Zwar ist die CDU in Berlin ebenso früh, Mitte Juni 1945, wie in Köln gegründet worden, aber mit einem gesamtdeutschen Anspruch, der sich nicht realisieren ließ und den die Gründer im Westen, Südwesten und Süden durchaus nicht wollten. Sie, darunter auf Dauer am wirksamsten der Kölner Konrad Adenauer (geb. 1876) haben die Frühentwicklung der Union bestimmt, welche darum regionalistisch strukturiert und föderalistisch ausgerichtet wurde. Das war bewusste, in den politischen Traditionen des Westens (gerade auch Kölns!) und des Südens angelegte Abkehr vom Berliner Zentralismus (welcher in den „Kölner Leitlinien“ als „undeutsch“ bezeichnet wurde) und von dessen Zuspitzung im Dritten Reich.

Maßgeblich an der Berliner Gründung beteiligt war ebenfalls ein Kölner, Andreas Hermes (geb. 1878): als Zentrumspolitiker (bes. Agrarpolitiker) seit 1919 in Berlin tätig und dort weiter in den reichischen Zentralismus hinein gewachsen als Adenauer akzeptierte; 1933/34 verfolgt, dann emigriert, seit 1939 wieder im Rheinland, wegen seiner Widerstandskontakte zum hiesigen Kettelerhaus und dann zu Goerdeler nach dem 20. Juli 1944 verhaftet, im Januar 1945 in Berlin vom VGH zum Tode verurteilt, konnte aber überleben (Rudolf Morsey, in: Buchstab/Klaff/Kleinmann, *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, 2004).

Die recht zahlreichen Kölner CDU-Gründer, an der Spitze zunächst der Philologe und Bibliotheksdirektor Leo Schwering (geb. 1883, 1934 zwangspensioniert, nach dem 20. Juli 1944 in Halt), Peter Josef Schaeven (bis 1933 Generalsekretär des Zentrums in Köln) und Hans Schaefer waren schon seit März/April 1945 aktiv; sie gehörten zu den nicht wenigen Deutschen, die den Untergang des Dritten Reiches seit langem erhofften, von solchen Deutschen ist heute zu wenig die Rede. Hier am Rhein kamen sie eben größtenteils aus dem Zentrum, konkret aus dessen demokratischem, ja linken Flügel, mit weitverzweigten Beziehungen (besonders unter den Gewerkschaftern unter ihnen) ins ganze Rheinland, und aus jenem katholischen Milieu, welches das Dritte Reich einigermaßen intakt überstanden hatte; etliche, so Schwering, aus den widerständigen Kreisen, die sich besonders im linken Spektrum des früheren Zentrums gebildet hatten. Da sie 1945 nicht wieder das Zentrum, sondern die für Deutschland neue interkonfessionelle Volkspartei, eben die „Union“, wollten, waren ihnen Evangelische wie der Pfarrer Hans Encke und dessen Gattin, der Redakteur Fritz Fuchs sowie der Bankier Robert Pferdenges (1950-1962 MdB, Berater Adenauers) hochwillkommen (Winfried Herbers, *Der Verlust der Hegemonie. Die Kölner CDU 1945/46-196.*, 2003; Ulrich Soénius, *Neubeginn im zerstörten Köln*, in: *50 Jahre CDU Köln*, 1995; in: *50 Jahre CDU Köln*, 1995; mit Vorwort von Helmut Kohl).

Die Kölner CDU hatte sich, wie gesagt, schon im Juni 1945 konstituiert, die des Rheinlandes entstand, ebenfalls in Köln und zunächst unter Schwerings Vorsitz, am 2. September. Von den Mitgründern in Köln sind jedenfalls noch zu erwähnen Johannes Albers (Gewerkschafter, noch am 6. 4. 45 vom VGH zu Zuchthaus verurteilt, bald Inspirator der Sozialausschüsse), Bruno Potthast,

Sibille Hartmann, Theodor Scharmitzel, Ernst Schwering, Wilhelm Warsch und (wenig später) Christine Teusch¹, von den Helfern aus dem katholischen Klerus die Dominikaner Laurentius Siemer und Eberhard Welty sowie der Stadtdechant Robert Grosche².

Auf der Gründungsversammlung am 17. Juni hatte Leo Schwering einen ersten, grundlegenden Programmentwurf vorgelegt, am 1. Juli haben die Gründer in den „Kölner Leitlinien“ das erste Programm der CDU formuliert, welches weit über Köln hinaus gewirkt hat. Sie plädierten darin nicht nur eindringlich für ein neues „auf Recht und Frieden gegründetes Deutschland“ mit „ehrlicher Besinnung auf (seine) christlichen und abendländischen Lebenswerte“, sondern beriefen sich, unter dem mitbestimmenden Einfluss der beteiligten Dominikaner, auf die „Achtung menschlicher Würde“, d.h. auf das durch Rechtspositivismus und Staatsomnipotenz verschüttete Naturrecht. Von den konkreten Leitlinien galten darum die ersten dem Individuum und der Familie, der Wiederherstellung des Rechtsstaates und der Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Sodann wurden die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse und das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder als Grundlage der Schule postuliert, des weiteren die Gliederung Deutschlands in selbständige Länder, die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, das Recht auf Eigentum und soziale Reform – generell Demokratie und Friedenspolitik.

Das war in allem das gut begründete Gegenteil von dem, was 12 Jahre lang zu unserm Unglück propagiert und getan worden war. Nicht nur NS und Rassismus wurden darum mit Schärfe verurteilt, sondern als deren Verbündete auch Militarismus und Großkapital. Leo Schwering und ebenso Johannes Albers und Eberhard Welty sympathisierten mit den in manchen Gründerkreisen umgehenden Ideen eines „christlichen Sozialismus“, welche mit Adenauers Konzeption einer möglichst großen Partei der Mitte unvereinbar waren. Als wesentliche Voraussetzung des NS kritisierten die „Leitlinien“ den Materialismus – das entsprach einer unter den christdemokratischen Gründern weit verbreiteten Überzeugung, die uns auch und deutlich in Adenauers Kölner Grundsatzrede vom 24. März 1946 begegnen wird: die Überschätzung des Staates sowie die materialistische Weltanschauung, im weiteren Sinne die heute als Selbstwert gerühmte Säkularisierung der Gesellschaft, seien Hauptvoraussetzungen des NS gewesen.

Leo Schwering empfand sich auch als „Testamentsvollstrecker“ derjenigen seiner Freunde, die von der Gestapo aus Köln verschleppt und in Berlin oder anderen Orten Mitteldeutschlands getötet worden waren: Theodor Babilon und Heinrich Richter, Otto Gerig und Heinrich Körner – dazu an die in Köln tätig gewesenenen Führer der KAB: Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß und Otto

¹ Die Broschüre *20 Jahre CDU in Köln* (1965, mit einem kurzen Geleitwort von Konrad Adenauer) nennt 22 Personen, darunter drei Frauen: neben S. Hartmann und Chr. Teusch noch Mathilde Gescher.

² Vgl. auch Grosches *Kölnder Tagebuch 1944-1946*, 1969. Stefan Noethen, *Christlicher Sozialismus in der Stunde der Neuordnung 1945. Das Dominikanerkloster Walberg und die Kölner Leitsätze der CDU: Geschichte im Westen II* (1996), S. 48-71, Rudolf Uertz, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU....* 1981.

Müller. Schwering sprach von ihnen als von „christlichen Blutzeugen“, deren Opfer „Kitt“ für die neue CDU bedeute (Winfried Herbers, in: Buchstab... *Christliche Demokraten gegen Hitler*. S.a. L. Schw., *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, 1963).

Eine Zwischenbilanz:

Die Kölner CDU-Gründer kamen zumeist aus dem früheren Zentrum. Ebenso wie viele Sozialdemokraten verkörperten sie die durch den NS unterbrochene demokratische Kontinuität, an die sie 1945 wieder anschließen wollten, nun noch mehr als bis 1933 unter Rekurs auf Naturrecht und Subsidiarität (Vera Bücker, *Der Kölner Kreis und seine Konzeption für ein Deutschland nach Hitler*, Hist.-polit. Mitteilungen 2, 1999). Die Erfahrung des Dritten Reiches hatte die Zentrumsleute bestärkt im Willen zur interkonfessionellen politischen Zusammenarbeit der Christen: Vom Zentrum zur Union! Sie waren sämtlich Gegner des NS, die meisten waren vom Dritten Reich emarginiert, etliche verfolgt worden. Viele hatten sich an Gruppen des Widerstands oder der Widerständigkeit beteiligt: Vom Widerstand zur Union!

Die politische Demokratie war für sie eine Konsequenz aus der eigenen Geschichte. Sie erwarteten sich die geistige Überwindung des NS weniger von moralisierender Empörung als von inhaltlicher Auseinandersetzung, von einer Re-Christianisierung der Gesellschaft und von guter Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen.

Aus der Herkunft aus dem „katholischen Milieu“ resultierte bei vielen jedoch auch eine defensive Distanz gegenüber der kulturellen Moderne, die lange nachgewirkt hat. Andererseits gehörte zur Zentrumstradition die politische Unabhängigkeit von der kirchlichen Hierarchie, auf der gerade auch Konrad Adenauer stets bestanden hat.

Adenauer selbst, auch er seit 1933/34 „geächtet, bedroht und überwacht“ (Rudolf Morsey), hatte nicht zu den lokalen Parteigründern gehört. Aber von Mai bis Oktober 1945 war er erneut Oberbürgermeister und hat die dominante kommunale Stellung der CDU begründet, welche ein Jahrzehnt gedauert hat. Er kümmerte sich zunächst besonders um die Personalpolitik und um die Schulen. Auch die Wiedereröffnung der (noch städtischen!) Universität hat Adenauer sehr gefördert. Sogleich berief er befreundete Beigeordnete, die wie er 1933 aus ihren Ämtern verdrängt worden waren, darunter Ernst Schwering, einen mehr zur politischen Mitte tendierenden jüngeren Bruder Leo Schwerings. Erster Kulturdezernent wurde der parteilose Professor der klassischen Philologie Josef Kroll, später Rektor der Universität. (Schon Adenauers Gegner von der Kölner SPD Robert Görlinger und später „kritische“ Historiker haben das alles als „restaurativ“ abgetan, vgl. den Sammelband von Otto Dann, *Köln nach dem Kriege*, 1981). Aber Adenauer widmete sich nicht nur, wie es die britische Besatzungsmacht von ihm erwartete, den drängenden Problemen in der Stadt. Er wollte sogleich politischer und weiträumiger handeln und die entstehende Union im gesamten Westen und Süden, dazu im Norden fundieren, v. a. durch eine breite und sehr gezielte politische Korrespondenz. In einem Brief an seinen Münchener Kollegen Karl Scharnagl (geb. 1891, schon 1925-1933 OB von München, als solcher von den Amerikanern wieder eingesetzt, war 1944 im KZ Dachau gewesen) skizzierte er z. B. am 21. August 1945 die „grundlegenden Prinzipien der Partei: 1. Führung des Staates auf christlicher Grundlage, d. h. nach den Prinzipien, wie sie sich auf der Grundlage des Christentums in einer Jahrhunderte langen Entwicklung in Europa herausgebildet haben. 2. Demokratie. 3. Betont fortschrittliche soziale

Reform.... nicht Sozialismus“. Sehr zufrieden stellte er fest, dass die „ganz überwiegende Mehrheit“ des früheren Zentrums sich nun zur Union bekenne und dass deren Gründung auch von protestantischer Seite gefördert werde (K. A., *Briefe 1945-1947*. bearbeitet von Hans P. Mensing, 1983, Nr. 65).

Adenauer und seine politischen Freunde traten aufgrund ihrer eigenen Erinnerungen und als Repräsentanten einer Stadt, welche tragende Stützen der Weimarer Republik hervorgebracht hatte (so Reichskanzler Wilhelm Marx 1923-1925, 1926-1938, Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns 1920-1928, Adenauer selbst als Präsident des preußischen Staatsrats 1921-1933), und welche nie eine Mehrheit für die NSDAP erbracht hatte, durchaus selbstbewußt auf. Sie hatten nicht vergessen und wagten auszusprechen, dass der Reichstagswahlkreis Köln-Aachen noch im März 1933 der mit dem geringsten Stimmenanteil der NSDAP (30.1%) in ganz Deutschland gewesen war! Bei der Eröffnung der ersten von den Briten ernannten Stadtverordnetenversammlung (aus CDU, SPD und KPD) am 1. Oktober 1945 sagte der Oberbürgermeister: „Wir, Sie und ich, sind nicht die Schuldigen an diesem Elend. Wir ... sind dazu verurteilt und gezwungen, durch die Liebe zu unserem Volk, das wir nicht vollends untergehen lassen wollen, diese schwere und furchtbare Bürde auf uns zu nehmen. ... So wollen wir gemeinsam ans Werk gehen. Gebeugt, tiefgebeugt, aber nicht gebrochen.“ Noch deutlicher sprach er in seiner Grundsatzrede am 24. März 1946, in der er bei seiner Beschreibung der deutschen Zustände vom „Bild unserer armen, geschändeten Stadt“ ausging und fortfuhr: „Und dabei hätte sie von allen deutschen Großstädten es am wenigsten verdient; denn nirgends ist dem NS bis 1933 so offener und seit 1933 so viel geistiger Widerstand geleistet worden, nirgendwo waren die nationalsozialistischen Stimmen sogar noch bei den letzten freien Wahlen im Jahre 1932 prozentual so niedrig wie in Köln“ (K. A.. *Reden 1917-1967. Eine Auswahl*, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, 1975. S. 82-106). - Die Damen und Herren des(!) errichteten städtischen Dokumentationszentrums scheinen das anders zu sehen; aber Adenauer, der durchaus nicht unkritisch mit Nazis und Mitläufern umgegangen ist, wusste es besser, aus eigenem Erleben! Wer die eigene Geschichte kennt und sich zu ihr bekennt, braucht sich von niemandem darüber belehren *zu* lassen, wie er mit dem Dritten Reich und dessen Folgen umzugehen hat. Nur wer diese Geschichte kennt, kann auch ihrer heutigen Manipulation widersprechen.

Die Führung der rheinischen CDU durch den nie in politischen Leitungsämtern gewesenen Leo Schwering blieb ein Provisorium. Denn der in jeder Hinsicht stärkere Adenauer, den die Militärregierung im Oktober 1945 nur vorübergehend kaltgestellt hatte, war davon überzeugt, dass am besten er selbst die neue Partei führen und zur möglichst breiten Volkspartei formen könne, und entsprechend hat er mit enormem Durchsetzungswillen gehandelt. Binnen kurzem „kumulierte

(der inzwischen 70-jährige) Adenauer in einer parteipolitischen Blitzkarriere sämtliche Führungsämter der CDU in Nordrhein-Westfalen und in der britischen Zone“ (Rudolf Morsey, in: *Lexikon der christlichen Demokratie*, die Einzelheiten sind in der großen Biographie von Hans-Peter Schwarz, Bd.1, 1986, zu lesen).

Am 1. März 1946 wurde er definitiv zum Parteivorsitzenden gewählt.

Sogleich hat Adenauer, der bekanntlich ebenso autoritär wie trickreich auftrat, alles getan, um die neue Partei auf seinen Kurs der Mitte festzulegen und sie zugleich historisch zu legitimieren. Diesem doppelten Ziel war zunächst die meisterliche Rede gewidmet, die er am 24. März 1946 in der Aula der Kölner Universität dem einzigen großen Versammlungsraum in der zerstörten Stadt, vor mehr als 2000 Zuhörern gehalten hat. Nach den schon erwähnten Hinweisen auf die Kölner Zeitgeschichte wagte er einleitend abzusprechen, dass es im Krieg nicht nur „Verbrechen über Verbrechen größten Ausmaßes“, sondern auch „Wunder an Tapferkeit und Pflichttreue“ gegeben habe, dass das deutsche Volk zwar „ins Bodenlose abgestürzt sei, aber nun sein schweres Geschick „mit heldenhafter Stärke. Ausdauer und Geduld“ trage, sodass auch er, der sich seit 1933 oft für sein Land geschämt hatte, nun wieder stolz darauf sei, Um „den richtigen Weg ... zum Wiederaufstieg zu finden“, forderte er „kein Schuldbekenntnis des gesamten deutschen Volkes“, wohl aber eine „Gewissenserforschung“. Und damit griff er weil in die Geschichte zurück, weil er aufweisen wollte, dass der Nationalsozialismus letztlich eine „bis ins Verbrecherische gesteigerte Konsequenz“ deutscher Fehlentwicklungen eines ganzen Jahrhunderts gewesen sei. Seit mehr als 100 Jahren seien Deutschland und die Deutschen in die irre gegangen. Denn die von Preußen ausgegangene, seit 1870/71 dem ganzen Land auferlegte Auffassung von der Omnipotenz des Staates habe „die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert... diesem Götzen geopfert“. Imperialismus und Nationalismus seien die ersten schlimmen Folgen gewesen; und dann habe „die materialistische Weltanschauung zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs“ (geführt), der Marxismus habe in dieselbe Richtung gewirkt, und ebenso die Entchristlichung. „In einem Volk, dass erst durch die „preußische ... Auffassung vom Staat... (und) von dem ihm geschuldeten unbedingten Gehorsam, dann durch die materialistische Weltanschauung geistig und seelisch vorbereitet war“, konnte sich, begünstigt durch die schlechte materielle Lage weiter Volkskreise, verhältnismäßig schnell eine Lehre durchsetzen, die nur den totalen Staat und die willenlos geführte Masse kannte“ und welche dann „andere Völker für minderwertig, zum Teil vernichtungswürdig“ erachtete, aber auch im eigenen Volk die politischen Gegner vernichten wollte. Dagegen und zugleich heftig polemisierend gegen Kurt Schumachers SPD, welcher er die Verhaftung im Sozialismus als Weltanschauung und auch im Etatismus vorhielt, stellte er das Programm der CDU, mit dessen Verwirklichung eine neue Epoche in der Geschichte Deutschlands und seiner Beziehungen zu den Nachbarvölkern beginnen sollte. Dieses

Programm ging nicht vom Staat, sondern (wie schon die Kölner Leitsätze im Sommer 45) von der Würde des einzelnen Menschen aus. „Wir nennen uns christliche Demokraten. weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in dem christlichen Naturrecht, in den Grundsätzen der christlichen Ethik wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volke erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann.“ Deutschland sollte nicht wieder ein den Nachbarn Schrecken einjagendes zentralistisches Reich, sondern ein Bundesstaat werden und die Verständigung mit dem Westen suchen, zunächst durch „organische Verflechtung der Wirtschaft“, womit er an seine Pläne aus den 1920er Jahren anschloss. die am Nationalismus, nicht nur am deutschen, gescheitert waren. Den Höhepunkt aber bildete die Perspektive der „Vereinigten Staaten von Europa“, die er so konkret wohl als erster Politiker aufgewiesen hat. Das war ein großer, auf die Überwindung der zerstörerischen Konflikte eines ganzen Jahrhunderts ausgerichteter Entwurf; und wir alle wissen, wieviel davon zu unserem Glück in 50 Jahren verwirklicht worden ist.

Zugleich plädierte Adenauer für freie Wirtschaft und soziale Verantwortung. Ein weiterer Kernsatz lautete: „Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes ... widmen müssen“; ein anderer: „Der frühere Rechtszustand (d. h., der Zeit bis 1933) wird wiederhergestellt“. Erwähnen möchte ich jedoch noch, dass Adenauer sich, wie schon zu Beginn, so auch am Schluss seiner Rede an seine „Kölner Mitbürger“ wandte, mit konkreten Vorschlägen für den Wiederaufbau: „Sie können der Altstadt wieder ... den Charakter einer schönen, mit den erhabenen Werken kirchlicher und profaner mittelalterlicher Baukunst durchsetzten Wohnstadt“ (geben). Der große Modernisierer der Stadt in den 1920er Jahren wusste, wie die meisten Kulturpolitiker seiner Zeit, wo in einer im Grunde altertümlichen Stadt die Grenzen der Modernisierung liegen sollten! - Der Wiederaufbau der alten Kirchen Kölns blieb ein konstantes Anliegen Adenauers, welches er allerdings mit Unverständnis für moderne Kunst verband: er stand damit in seinen Kreisen nicht allein.

Adenauers Nachfolger als Oberbürgermeister war im November 1945 der in vielen Ämtern erfahrene Verwaltungsjurist Hermann Pünder (geb. 1888) geworden, auch er Kölner. Er war von 1926 bis 1932 Staatssekretär in der Reichskanzlei gewesen, den Zentrumskanzlern Wilhelm Marx (ebenfalls aus Köln) und Heinrich Brüning eng verbunden, dann Regierungspräsident in Münster, als solcher 1933 abgesetzt, wegen seiner Kontakte zu Goerdeler nach dem 10. Juli 1944 verhaftet, immerhin vom Volksgerichtshof freigesprochen, aber bis zum Kriegsende im KZ. Danach hatte er sich in Münster um die Realisierung des „Gedankens der politischen Gemeinschaft aller Christen“ bemüht aufgrund der Erfahrungen seiner „schweren Zeit“ im KZ (Rudolf Morsey, in: Buchstab u. a., *Christliche Demokraten gegen Hitler*).

Pünder, der Anfang März 1948 Vorsitzender („Oberdirektor“) der Verwaltung des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ aus amerikanischer und britischer Besatzungszone (Bi-Zone) wurde, hat sich in seinen gut zweieinhalb Kölner Jahren ebenso wie um den nach wie vor äußerst schwierigen materiellen Wiederaufbau um die Neufundierung des kulturellen Lebens bemüht. Die Belebung der Wirtschaft begann im vollen Sinne erst 1947. Aber im Hungerjahr 1946 wurde ein neues Museum gegründet! Bei der ersten Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 erreichte die CDU unter der Devise „Gegen Marxismus! Für Christentum“ 53,4% der Stimmen und, infolge des Persönlichkeitswahlrechts, 41 von 51 Sitzen. Fast gleichzeitig gab es unter Pünders Ägide Kölner Kulturtage zum Thema „Der Rhein und Europa“. Dabei ging es um die Wiedererschließung jener nicht erst vom Nationalsozialismus, sondern vom Nationalismus insgesamt verschütteten europäischen Gesamtkultur aufgrund von Antike, Christentum und Humanismus, von der diejenigen, die heute nur die Aufklärung als unseren historischen Bezugspunkt beschwören, nichts mehr wissen oder nichts mehr wissen wollen. Seinen Erinnerungen (1968) gab Pünder den Untertitel „Von Preußen nach Europa“. Nach seinem Ausscheiden aus öffentlichen Ämtern (MdB 1950-1957) hat er in Köln noch lange und engagiert als Präsident resp. Vorsitzender des Zentral-Dombauvereins und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gewirkt (Tilman Pünder, *Hermann Pünder und seine Kölner Zeit*. Jb. des Köln. Geschichtsvereins 59.1988).³

Im selben Sinne wie Pünder hat gleichzeitig auf der größeren Ebene des im Sommer 1946 von den Briten gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen die Kölnerin Christine Teusch (geb. 1888) als Kultusministerin (1947-1954) gehandelt. Sie war bis 1933 Reichstagsabgeordnete gewesen und 1936 als Lehrerin zwangspensioniert worden. Auf den Grundsätzen des Elternrechts und einer christlich fundierten Bildung, der Subsidiarität und der Gewissensfreiheit hat sie wesentlich die Schulartikel der Verfassung von 1950 geschaffen, welche u.a. die großzügige staatliche Mitfinanzierung privater Schulen vorsah. Dass in Frau Teuschs Amtszeit ca. 1500 Schulen wieder hergestellt oder neu gebaut wurden, zeigt sowohl das Ausmaß der Zerstörung wie die Konsequenz des Wiederaufbaus. Restauration und Neuerung hielten sich in ihrem vielseitigen Wirken (auch wegen der Universitäten!) die Waage.

Die Kölner CDU ist seit November 1945 von Johannes Albers und Peter Josef Schaeven geführt worden. Nachfolger Pünders als Oberbürgermeister wurde im April 1948 Ernst Schwering. Die großen Anreger aus dem Jahre 1945 waren inzwischen in Düsseldorf, Frankfurt und Bonn tätig. Auch Leo Schwering war von 1946 bis 1948 Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag. Auf der kommunalen Ebene verbreitete sich eine neue Normalität und Routine. Die Hauptaufgabe blieb weiterhin der Wiederaufbau, und darin resp. dafür waren sich CDU und SPD weitgehend einig.

³ Auch Adenauer hatte stets ein gutes Verhältnis zur jüdischen Gemeinde Kölns, An der Wiedereinweihung der großen

Bis 1956 ist die CDU in Köln die führende politische Kraft geblieben. Aber bei der Kommunalwahl im Oktober 1948 war sie auf 42,5 % der Stimmen zurückgefallen; und da inzwischen das Wahlrecht geändert worden war, erhielt sie von 44 Sitzen nur noch 19. Die SPD stellte nunmehr 17, die KPD fünf, die FDP drei Stadtverordnete. Nach Stimmengleichheit bei der Wahl des Oberbürgermeisters entschied das Los für Robert Görlinger von der SPD. Im November 1952 konnte die CDU mit 43 % (gegen 37,1 % der SPD) dann noch einmal einen knappen Sieg erzielen, und Ernst Schwingen kehrte für vier Jahre ins Amt des Oberbürgermeisters zurück. In den Wahlkampf, in dem man allzu oft und allzu schlicht mit dem „christlich-abendländischen Erbe“ argumentierte, hatte Bundeskanzler Adenauer sein ganzes inzwischen in Bonn erworbenes Prestige eingebracht und konkret ein weiteres Mal den Wiederaufbau aller mittelalterlichen Kirchen gefordert. Bei den Landtagswahlen konnte die CDU 1950, 1954 und 1958, bei den Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 alle Kölner Direktmandate gewinnen. Von den sechs Kölner Landtagsmandaten ging damals stets eines an eine Frau (Chr. Teusch) und eines an einen Protestanten (Ernst Molis vom CVJM). Die Kölner Bundestagsabgeordneten jener Jahre waren Änne Brauksiepe, Johannes Albers, Fritz Hellwig, Carl Hesberg, Hans Katzer und Hermann Pünder.

Mit Konrad Adenauer und Hermann Pünder hatte Köln in den Notjahren 1945 bis 1948 zwei sehr bedeutende, weit über die Stadt hinaus wirkende, aber ihr stets verbunden gebliebene Oberbürgermeister aus der CDU (dass Adenauer von Pünder weniger hielt, als dieser verdiente, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden). Zugleich hatte Köln damals einen sehr bedeutenden Erzbischof, Josef Frings, seit 1946 Kardinal, welcher Adenauer seit langem kannte und schätzte, wobei beide sorgfältig auf ihre Unabhängigkeit bedacht waren. Kardinal Frings hat die CDU unterstützt und der von einer durchaus respektablen Minderheit betriebenen Wiederbelebung der rein katholischen Zentrumsparterie widersprochen; 1948 wurde er sogar Mitglied der CDU, aus der er aber aus Rücksicht auf Art. 32 des Reichskonkordats bald wieder ausgetreten ist (Norbert Trippen, *Josef Kardinal Frings*, Bd. I. 2003).

Erzbischof Frings (seit 1942) hatte dem NS-Regime offener widersprochen als die Mehrzahl seiner Kollegen, von 1946 bis 1949 ist er dann gegenüber den Alliierten und überhaupt im westlichen Ausland als Sprecher der politisch noch nicht präsenten Deutschen aufgetreten; auch dies kam dem Prestige des christ-demokratischen Köln sehr zugute. Von Oberbürgermeister Pünder nachdrücklich unterstützt, organisierte der Kardinal die Wiederherstellung des Chores des Domes, welcher am 15. August 1948, d. h. 700 Jahre nach der Grundsteinlegung, erstmals wieder benutzt werden konnte. Auch dieses Dom-Jubiläum, zu dem ein päpstlicher Legat nach Köln kam,

Synagoge (1959) hat der Bundeskanzler als hoch geehrter Gast teilgenommen und die Festrede gehalten

signalisierte den Willen zur Orientierung an Werten aus der christlichen und der vornationalen Epoche unserer Geschichte. Die preußischen Könige und viele national gesinnte Rheinländer hatten im Dom seit 1840 resp. 1848 ein nationales Monument gesehen; nun, 1948, wurde er wieder in seine originäre europäische Dimension gestellt; und das bedeutete auch Gemeinsamkeit mit den Nachbarn im Westen und Willen zur Versöhnung, wie ihn z.B. Kardinal Suhard von Paris aussprach. Gewiss konnten solche weiten historischen Rekurse nicht ausreichen, um ein neues, integriertes Europa zu schaffen; aber sie waren eine der Voraussetzungen dafür.⁴ Dies alles verkennet eine neuere Interpretation des Domfestes als „Versuch, sich eine neue Vergangenheit zu geben“ (Jürgen Brüser in einem 2001 von Jost Dülffer herausgegebenen Sammelband über Köln in Krieg und Nachkriegszeit). Der Autor weiß anscheinend auch nicht, dass das Domfest mit der Eröffnung eines neuen Siedlungswerkes begann: die Schaffung möglichst vieler Eigenheime war Familienpolitik im Sinne des CDU-Programms.

Das alles ist wie in eine ferne Vergangenheit gerückt. Dass die Dominikaner in diesen Wochen jenes Kloster Walberberg schließen, in welchem zwei ihrer Patres zusammen mit Kölner Politikern vor 60 Jahren das erste CDU-Programm erarbeitet haben, ist ebenso symptomatisch wie das insgesamt mediokre Bild dieser Stadt, in der nur noch wenig an Adenauers und Pünders Vision vom Maß-Geben ihrer großen mittelalterlichen Bauten erinnert.

Und doch scheint mir, dass aus den enormen Anfangserfolgen der Kölner CDU wie auch aus ihren späteren Misserfolgen bis heute zu lernen ist.

Wirtschaftliche Kompetenz war im zerstörten Deutschland mindestens so wichtig wie heute, aber die CDU-Gründer haben 1945/46 die Politik keineswegs auf die Ökonomie reduziert, sondern ein gesellschaftliches Konzept und zugleich einen mutigen Zukunftsentwurf für Deutschland vorgelegt, diesen auch bald als klare Alternative zu den noch mehr sozialistischen und mehr nationalen Vorstellungen der SPD Kurt Schumachers herausgestellt. Einige Jahre später hat man sich zu vereinfachend am christlich-abendländischen Erbe festgehalten und zu wenig gefragt, was davon noch lebens- und zukunftsfähig war, und zu wenig mit denen diskutiert, welche andere Konzepte vortragen. Wer politische Führung erhalten oder gewinnen will, muss den kulturellen Dialog führen: Nur wer kompetent, selbstkritisch und offen sich heute klar macht, dass von Rot-Grün eine Art von Kulturrevolution propagiert wird und aus welchen Quellen sie sich speist, kann darauf adäquat reagieren. Die Mittel der Kommunikationswissenschaft und der darauf gegründeten

⁴ Im damaligen Klima ist auch die Akzeptanz der Deutschen in den Nachbarländern sehr viel schneller gewachsen, als das die heutige publizistische Konzentration auf die Verbrechen des Dritten Reiches annehmen lässt. In Köln entstanden zwischen 1950 und 1954 die Kulturinstitute Belgiens, Großbritanniens, Frankreichs, der USA und Italiens. Zur Eröffnung des Italienischen Instituts im Sommer 1954 kam auch Bundeskanzler Adenauer. 50 Jahre danach, 2004, hat niemand in Köln daran erinnert; wer die eigene Geschichte vergisst, vergibt ihre Deutung an andere!

Politikberatung reichen dazu nicht; und auch nicht Bücher wie das von Peter Hahne. Man muss tiefer graben! Von der Interpretation der Zeitgeschichte war schon die Rede. Und nur wer z. B. weiß, dass die Geisteswissenschaften für den Bestand einer Gesellschaft ebenso wichtig sind wie die technologische Innovation, oder dass die deutsche Universitäten und auch die Gymnasien Weltgeltung genossen, als nur die Länder für sie verantwortlich waren, findet die richtigen Antworten auf den wissenschaftlichen Reduktionismus und den Zentralisierungswahn einer Frau Bulmahn!

Jedenfalls sind in Köln im Sommer 1945 Leitlinien skizziert und dann im März 1946 von Konrad Adenauer fester gezogen worden, auf denen die CDU auch heute noch weitergehen kann und aus denen sie mutig die Konsequenzen ziehen muss: Menschenwürde - Subsidiarität und Solidarität - Demokratie und Freiheit - das neue Deutschland als Bundesstaat im Westen - Christentum und Europa.

Copyright 2005 Prof. Dr. Rudolf Lill

Wider den Zeitgeist

Die nordrhein-westfälische CDU am Beginn des 21. Jahrhunderts

von

Jürgen Rüttgers

Sperrfrist: Beginn der Rede Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freunde,

I.

Jedes Mal, wenn ich lese, wie schon im März 1945 hier in Köln, dann in Walberberg, Wattenscheid oder Dortmund Menschen zusammenkamen und über die Zukunft Deutschlands sprachen, denke ich, welcher Mut und welche Kraft diese Männer und Frauen beseelte angesichts der Trümmerlandschaft draußen vor der Tür. Jedes Mal, wenn ich mich mit Konrad Adenauer beschäftige, fühle ich mich persönlich angesprochen. Nicht nur, weil ich aus Brauweiler stamme, dem Ort, in dem Konrad Adenauer von der Gestapo ins Gefängnis geworfen wurde. Nicht nur, weil ich auf demselben Gymnasium war wie er. Sie kamen aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen und wollten das Land wiederaufbauen. Nicht nur Stein für Stein, sondern Wort für Wort, Mensch für Mensch. Sie wollten neues Vertrauen schaffen, Zuversicht stiften, Hoffnung machen.

Der Blick auf die Anfänge lässt mich jedes Mal staunen. So geht es mir mit den Kölner Leitsätzen von Juni 1945, mit dem Neheim-Hüstener Programm von März 1946, dem Ahlener Programm von Februar 1947, mit den Düsseldorfer Leitsätzen von Juli 1949. So geht es mir aber vor allem – und natürlich hat da jeder seine Vorlieben – mit der Rede von Konrad Adenauer in der Aula der Kölner Universität am 24. März 1946 über „Freiheitliche Demokratie auf christlicher Grundlage“. Diese Rede Adenauers übt immer einen großen Zauber auf mich aus. Sie ist für mich eines der schönsten Stücke der Geschichte unserer CDU.

Erlauben Sie mir hier in Köln, in meiner Geburtsstadt, dass ich den Schluss dieser Rede ausführlicher zitiere: „Nun“, so Adenauer, „lassen Sie mich schließen mit einem Wort an meine Kölner Mitbürger (...) Verlieren Sie den Mut nicht. Ich weiß, wie es bei Ihnen aussieht, und trotzdem sage ich, verlieren Sie den Mut nicht: Köln wird wiedererstehen, wenn die gesamte Bürgerschaft, alle Stände, alle Schichten bei diesem Werk zusammenarbeiten. Wenn Gott es will, können Sie in den nächsten zwei Jahrzehnten alle die Pläne ausführen, die wir vor 1933 entwickelt haben: Sie können den Dom retten, ihm eine würdige Umgebung schaffen, die Stadt sich wieder lagern lassen an dem herrlichen Rand unseres Rheinstromes, indem Sie den Hauptbahnhof entfernen. Sie dürfen unter keinen Umständen zulassen, dass der Hauptbahnhof an dieser Stelle bleibt, denn sonst bleibt die Verkrüppelung dieser Stadt ewig. Sie können der Altstadt wieder den Charakter geben, den sie nie hätte verlieren dürfen, den Charakter einer schönen, mit den erhabenen Werken kirchlicher und profaner mittelalterlicher Baukunst durchsetzten Wohnstadt ohne Armutsviertel, ohne Hinterhäuser, durchflutet von Licht und Sonne. Sie können die Menschen aus der Steinwüste herausführen, sie siedeln lassen am äußeren Grüngürtel in Gottes freier Natur. Sie können ihnen wiedergeben die Verbundenheit mit Erde und Himmel. Es wird viel Arbeit, viel Geduld kosten, aber es wird gehen, wenn viel Liebe dabei ist. Diese Liebe zu unserer Stadt, ihrer Vergangenheit, ihrer Geschichte, ihrer Sprache, ihrem Geiste haben wir Kölner ja alle. Darum nicht verzagen!“

Soweit die Schlussworte einer Rede, die inmitten einer Welt der Trümmer, des Hungers, des Elends, der Vertreibung gehalten wurde.

Wer inmitten dieser Welt der fast vollständigen Zerstörung Zuversicht stiften wollte, wer Mut und Hoffnung machen wollte, konnte es nicht besser tun als Adenauer mit diesen einfachen und menschlichen Worten. Sie sind keine Welterklärung. Sie ordnen das ungeheuerliche Geschehen von Verbrechen, Schuld und Zerstörung in keine angebliche historische Gesetzmäßigkeit ein. Stattdessen eine persönliche Ansprache jedes Einzelnen, die ihm sagt: Du bist wichtig, auf Dich kommt es an beim Wiederaufbau, Du darfst nicht verzagen.

Diese persönliche Ansprache ist bei Adenauer die Konsequenz seiner Weltanschauung, vor allem da, wo er seinen Zuhörern sagt: Sie können den Menschen die Verbundenheit mit Erde und Himmel wiedergeben.

Die Verbundenheit des Menschen mit Erde und Himmel wiederherstellen, das heißt: den Menschen wieder dahin zurückzubringen, wo er nach *christlichem* Selbst- und Weltverständnis sein muss, von wo er sich aber während der Nazi-Barbarei zu seinem Unheil entfernt hat.

Genau das hatte Adenauer zuvor in seiner programmatischen Rede, in der er das Programm der neuen CDU vorstellte, mit ebenso einfachen Worten erläutert.

Dass sich die neue Partei schon in ihrem Namen auf das Christentum berief, war damals umstritten. Die britische Militärregierung war skeptisch. Die Freien Demokraten, sogar das Zentrum fanden es unnötig, das Wort „christlich“ im Namen einer politischen Partei zu führen. Die Sozialdemokraten fanden es fast beleidigend, dass die CDU sich „christlich“ nannte. Sie argwöhnten, damit werde anderen Parteien ein geringeres Maß an Christlichkeit oder gar Christentumsfeindlichkeit unterstellt.

Die CDU ließ sich nicht beirren. Sie tut gut daran, dass sie sich auch heute nicht beirren lässt, wenn ihr empfohlen wird, das "C" aus ihrem Namen zu streichen. Und dabei kann sie sich bis heute auf Adenauers Kölner Universitätsrede vom März 1946 berufen:

„Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. Aus diesem Satz ergibt sich eine Staats-, Wirtschafts- und Kulturauffassung, die neu ist gegenüber der in Deutschland seit langem üblichen. (...) Wir nennen uns christliche Demokraten, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung (...) wurzelt“ Deutschlands Wiederaufstieg herbeiführen kann.

Mit dieser Position formulierte Adenauer 1946 einen dezidierten Gegenentwurf zu den Weltanschauungen, die Deutschland ins Elend geführt hatten.

Das muss man sich auch heute wieder klarmachen. Vielen fällt das schwer. Bei vielen herrscht ja der Eindruck vor, als sei die CDU in einer Zeit gegründet worden, in der die christlich-abendländische Weltanschauung noch so intakt war, dass es gar nichts Besonderes war, sich darauf zu berufen. Aber das Gegenteil ist richtig.

Deutschland war damals eben kein Land, in dem die Politik christlichen Prinzipien folgte. Und dies nach Adenauers Einsicht seit langem nicht: Es fing an mit der Staatsverherrlichung, die den Staat zum Götzen gemacht hatte und Würde und Wert der Einzelperson diesem Götzen geopfert hatte. Die Vergötzung des Staates wurde nach Adenauers Einsicht durch die materialistische Weltanschauung noch einmal überhöht. Sie endete schließlich im Nationalsozialismus, in dem Adenauer „die ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz“ des Materialismus, der Anbetung der Macht und der Missachtung, ja Verachtung des Wertes des Einzelmenschen sah. Der Nationalsozialismus, so Adenauer, war die „planmäßige Entchristlichung“ Deutschlands.

Die programmatische Verankerung der CDU im christlich-abendländischen Menschenbild war also alles andere als zwangsläufig. Es war ein revolutionärer Bruch mit der Staatsauffassung und dem Menschenbild, das die Politik in Deutschland bis zum Zusammenbruch 1945 bestimmt hatte.

Bei diesem revolutionären Bruch traute Adenauer offenbar den westdeutschen Parteifreunden, insbesondere den rheinischen, besonders viel zu. Nicht zufällig, vermute ich, kommt er jedenfalls in einer Nebenbemerkung seiner Kölner Universitätsrede auf seine Zeit in Berlin vor 1914 zu sprechen. Ich zitiere: „Deutschland ist eines der (...) unchristlichsten Völker Europas. Das war es schon vor 1914. Trotzdem die Berliner manche wertvollen Eigenschaften aufwiesen, habe ich damals schon immer in Berlin das Gefühl gehabt, in einer heidnischen Stadt zu sein“.

Die Verankerung der CDU im christlich-abendländischen Menschenbild sollte die Politik in Deutschland auf eine vollkommen neue Grundlage stellen. Die Gründung der CDU war der radikale Bruch mit einem Welt- und Menschenbild, das in Gestalt von Staatsvergötzung, Materialismus, Militarismus und schließlich verbrecherischem Nationalismus Wert und Würde der Einzelperson missachtet hatte.

Deutschland sollte im Sinne des zuvor verachteten christlich-abendländischen Menschenbildes aufgebaut werden als ein Gemeinwesen, in dem der Staat, die Wirtschaft und die Kultur nicht Selbstzweck sind, sondern, so Adenauer, „eine dienende Funktion gegenüber der Person“ haben.

Das war die Umstürzung der politischen Verhältnisse. Es war eine Politik wider den Zeitgeist. In dieser Besonnenheit und zugleich Radikalität war dazu keine Partei außer der neu gegründeten CDU in der Lage – auch nicht, bei allem großen Respekt vor ihrer demokratischen und sozialen Tradition – die damals noch im marxistischen Materialismus gefangene SPD.

Auf der Grundlage des „Fundamentalsatzes“ von der einzigartigen Würde und dem unersetzlichen Wert der Einzelperson entwickelte die CDU ein neues Programm. Sie gestaltete eine Politik, die zu einer in der Geschichte Deutschlands beispiellosen Demokratie, zur Sozialen Marktwirtschaft, zu einem nie dagewesenen Maß an Wohlstand, innerer und äußerer Sicherheit führte. Sie gestaltete auf derselben Grundlage die Politik der Westintegration und schließlich der deutschen Wiedervereinigung und der vollständigen Souveränität Deutschlands in einem vereinigten Europa.

II.

Niemand kommt um die Feststellung herum: Die Erfolgsgeschichte Deutschlands beruht auf politischen Weichenstellungen, die im christlich-abendländischen Menschenbild und seiner Wertorientierung gründen. Das war damals und ist heute keine abstrakte Angelegenheit. Es handelt sich um ein Menschenbild, das für die Gründungsväter und -mütter der CDU – bei allen Fehlern und Versäumnissen – die Richtschnur ihres konkreten Handelns gewesen ist.

Heute stehen wir in einer Situation, in der die weltanschauliche Fundierung der Politik ins Gerede gekommen ist. Der postmoderne Zeitgeist hält nichts mehr davon. Er misstraut Wahrheitsansprüchen. Er glaubt nicht mehr an die Unterscheidbarkeit von Wahrem und Falschem oder Gutem und Bösem. Für den postmodernen Zeitgeist sind die Weltanschauungen nur noch die großen Erzählungen der Vergangenheit, die mehr Unheil als Heil angerichtet haben. Erlaubt ist, was gefällt, und die Politik hat die Aufgabe, als Technokratie der Macht dafür zu sorgen, dass die Einzelnen mit ihren rein privaten Sinnentwürfen einigermaßen friedlich zusammenleben.

Für die heutige CDU wirft dieser postmoderne Zeitgeist Fragen auf, die unmittelbar unsere Identität berühren. Nehmen wir selbst unsere weltanschauliche Fundierung noch ernst? Können wir sie noch ernst nehmen? Oder müssen wir uns neu erfinden und die weltanschauliche Fundierung unserer Politik den Archivaren und Historikern überlassen? Es geht heute darum, ob wir unsere Kraft auch in Zukunft noch aus denselben geistigen Grundlagen schöpfen, aus denen wir sie in der Vergangenheit geschöpft haben.

Die Frage ist nicht nur für die CDU wichtig. Sie ist auch wichtig für die Zukunft unseres Landes. Welchen Weg unser Land aus seiner momentanen Krise findet, ob es überhaupt einen zukunftsfähigen Weg findet, hängt von der Antwort auf diese Frage ab.

Lassen Sie mich zunächst noch einmal zurückkommen auf Adenauers Rede von 1946. Ich möchte Ihnen zwei Stellen zitieren, die für unsere Frage aufschlussreich sind. An der einen sagt Adenauer, dass breiten Schichten der Bevölkerung für die Giftsaat des Nationalsozialismus empfänglich gewesen seien, weil sie „nicht die richtige Geisteshaltung“ hatten. An der anderen Stelle sagt er, dass das deutsche Volk „seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson“ krankt.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Selbstverständlichkeit lenken, mit der Adenauer hier von der Richtigkeit oder von der Falschheit einer Geisteshaltung spricht. Ich glaube, wenn wir ehrlich sind, müssen die meisten von uns zugeben,

dass wir heute nicht mehr in derselben Selbstverständlichkeit von einer „richtigen“ oder „falschen“ Geisteshaltung sprechen würden. Viele von uns hätten Bedenken, ob man das so noch sagen kann. Ich weiß aus vielen Gesprächen, wovon ich rede.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir von diesen Bedenken wegkommen müssen. Wir übernehmen mit ihnen ungewollt und unmerklich den postmodernen Relativismus, für den jede Geisteshaltung gleich gültig ist.

Stattdessen müssen wir das Gegenteil tun: Gerade heute müssen wir uns als CDU wieder auf unsere weltanschauliche Identität besinnen. Wir müssen wieder anfangen, über die Werte zu reden, an denen sich unsere Politik orientiert. Wir müssen gerade heute daran festhalten, dass es Wahres und Falsches gibt, dass es Gutes und Böses gibt. Wir müssen gerade heute wieder vermitteln, dass es richtige Geisteshaltungen gibt und falsche Geisteshaltungen.

Die entscheidende Frage ist doch, ob das christlich-abendländische Menschenbild mit seinen von Adenauer genannten politischen Konsequenzen nur eine „große Erzählung“ ohne Wahrheitsgehalt ist, oder ob es das richtige Menschenbild ist. Wir können als CDU die Überzeugung von der *Richtigkeit* unseres Menschenbildes nicht aufgeben, ohne unsere Identität preiszugeben. Und wir *brauchen* diese Überzeugung nicht aufzugeben, weil sie *begründet* ist. Aus dieser begründeten Überzeugung heraus müssen wir dem Zeitgeist mit seinem technokratisch-pragmatischen Politikverständnis entgegentreten.

So müssen wir heute Politik für Deutschland neu entwerfen, und zwar aus der unverändert selben Geisteshaltung heraus, aus der die CDU gegründet wurde.

Aus dieser Geisteshaltung heraus sagen wir: Es widerspricht unserer Auffassung von dem Wert und der Würde der Einzelperson,

- wenn 5,2 Millionen Menschen in Deutschland keine Arbeit haben und im gesellschaftlichen Abseits stehen,
- wenn die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land immer größer wird und vor allem Kinder und allein erziehende Mütter davon betroffen sind,

- wenn ein Viertel unserer 15jährigen in Nordrhein-Westfalen nicht ordentlich lesen, schreiben und rechnen können und so die Zukunft verlieren,
- wenn Unternehmer aus dem Land gedrängt werden, weil die Rahmenbedingungen für Investitionen und die Schaffung neuer Jobs bei uns nicht mehr stimmen,
- wenn der Staat immer mehr Aufgaben an sich reißt und die Bürger gängelt und bevormundet.

III.

Das christlich-abendländische Menschenbild bleibt das Fundament unserer wertorientierten Politik. Wir brauchen nichts von unserer Identität umzudefinieren. Sie war vor 60 Jahren so gut begründet, wie sie es heute ist oder in 60 Jahren sein wird. Aber Geschichte ist Wandel. Der Wandel konfrontiert uns mit immer neuen Herausforderungen, auf die wir aus unserem Menschenbild heraus neue Antworten geben müssen. Es ist deshalb meines Erachtens an der Zeit, dass wir unser Grundsatzprogramm fortschreiben und sagen, was christlich-demokratische Politik im 21. Jahrhundert bedeutet.

Wir werden sagen müssen, wie wir die Ordnungspolitik, das Herz der Sozialen Marktwirtschaft, wieder beleben. Wir haben uns in den vergangenen Jahren weit entfernt von den Zielen und Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wir haben zugelassen, dass die Freiheit des Einzelnen immer mehr erstickt wird unter einem Dickicht von Gesetzen, Regelungen und Vorschriften. Wir haben die Menschen Schritt für Schritt aus der Verantwortung für sich selbst entlassen. Unsere Gesellschaft ist dadurch ärmer und unsolidarischer geworden.

Die heutige Politik ist Regelungspolitik, nicht Ordnungspolitik. Ordnungspolitik beschränkt sich darauf, den Rahmen vorzugeben, innerhalb dessen die Menschen ihre Angelegenheiten verantwortlich selbst regeln. Ordnungspolitik bedeutet: weniger reglementieren, mehr Freiheit lassen, mehr Freiheit sogar zumuten. Ordnungspolitik bedeutet: Jobs statt Bürokratie. Ordnungspolitik, wie sie die Väter der Sozialen Marktwirtschaft aus dem christlichen Menschenbild heraus entwickelt haben, setzt aber ein gemeinsames Wertefundament der Gesellschaft heraus. Sie kann nur

funktionieren, wenn jeder grundsätzlich darauf vertrauen kann, dass jeder andere verantwortlichen Gebrauch von seiner Freiheit machen will. In einer Gesellschaft von Egoisten, die jedes Mittel für erlaubt halten, kann Ordnungspolitik nicht gelingen.

Wir werden in unserem Grundsatzprogramm die Ordnungspolitik, die bisher vor allem als wirtschaftliche Strukturpolitik verstanden wurde, um eine soziale Ordnungspolitik ergänzen müssen. Der Sozialstaat ist mit der Aufgabe einer Sicherung des Lebensstandards für alle und zu jeder Zeit überfordert. Er schafft Bürokratiemonstren. Die Menschen verwalten ihre Angelegenheit nicht mehr selbst, sondern werden verwaltet. Das ist Fremd- statt Selbstbestimmung. Solidarität wird zu einer Angelegenheit der staatlichen Verwaltung, was schließlich zu einer Entsolidarisierung der Menschen führt. Mit dem christlichen Menschenbild, dem wir verpflichtet sind, ist diese Entwicklung nicht vereinbar. Wir brauchen eine Neuvermessung der Verantwortungsräume zwischen Staat und Gesellschaft.

Wir werden – das ist die dritte wichtige Aufgabe – in der Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms sagen müssen, was wir tun können, um die Erosion des gemeinsamen Wertefundaments unserer Gesellschaft zu stoppen. Diese Erosion ist nicht wie ein Naturereignis über uns gekommen. Wir haben sie aktiv betrieben oder passiv zugelassen. Wir haben die Institutionen sträflich vernachlässigt, in denen die Wertorientierungen der Menschen, ihre sittlichen und moralischen Maßstäbe gebildet und überliefert werden. Wir müssen sagen, wie wir sie wieder stärken. Wir müssen darauf moderne Antworten geben:

- Antworten, die das geänderte Familienbild in unserer Gesellschaft würdigen. Familie ist nicht nur Vater, Mutter und Kind, sondern auch gescheiterte Ehe, bei der sich beide Eltern um die Kinder kümmern. Familie ist auch die allein erziehende Mutter mit ihren Kindern, die es besonders schwer hat.
- Antworten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter erleichtern, z.B. indem wir für ein flächendeckendes Ganztagschulsystem eintreten.
- Antworten, die neue Wege aufzeigen für ein menschliches Zusammenleben der Generationen bei immer mehr älteren Menschen, die nicht ausgeschlossen werden dürfen.

- Antworten, die zeigen, wie die unverändert große Bereitschaft der Menschen zur Solidarität und Hilfe in neuen Formen des ehrenamtlichen Engagements gefördert werden kann.
- Antworten, die sagen, wie die Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft für alle Seiten fruchtbar und bereichernd gelingen kann. Wir wollen keine Parallelgesellschaften, weil sie dem Wert und der Würde des Einzelnen nicht gerecht werden. Multi-Kulti ist hart und grausam.

Eine christliche Partei ist eine Partei nah bei den Menschen – bei den Menschen mit ihren Fähigkeiten und Fehlern, bei den Menschen mit ihren Hoffnungen und Enttäuschungen. Sie unterwirft die Menschen keinem ideologischen Gesellschaftsexperiment. Sie zwingt sie in kein Raster, dem sie nicht genügen können. Sie nimmt die Menschen als eine auf Recht und Freiheit ruhende Gemeinschaft von Personen, die sich vertrauen wollen und die bereit sind, die Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen, die ihnen sittlich geboten ist. Aus diesem Menschenbild heraus hat die CDU eine Politik gemacht, die Deutschland gut getan hat. So soll es auch in Zukunft wieder sein – bei uns in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa.